Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/900

07. 10. 87

Antrag

der Abgeordneten Gerster (Mainz), Frau Geiger, Dr. Miltner, Fellner, Dr. Stercken, Günther, Seehofer, Dr. Hornhues und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie
der Abgeordneten Irmer, Funke, Dr. Hirsch, Lüder, Baum, Richter, Dr. Feldmann, Hoppe, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP

Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für die Verwirklichung der Menschenrechte in der Völkergemeinschaft

Es ist ständige Politik der Bundesrepublik Deutschland, für die gesamte Völkergemeinschaft mit allen Kräften und auf allen geeigneten Wegen für die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und menschlichen Grundfreiheiten einzutreten.

Menschenwürde, Menschenrechte und menschliche Grundfreiheiten gelten bei weitem noch nicht überall und für alle Menschen. Weltweit und tagtäglich werden Menschen erniedrigt, unterdrückt, gefoltert, politisch verfolgt, an der Ausübung ihrer Menschenrechte gehindert, aus politischen Gründen oder willkürlich gefangen gehalten und sogar getötet. Hunderttausende mußten vor Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat fliehen oder sind auf der Flucht.

Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet in ihrem Grundgesetz politisch verfolgten Ausländern das Asylrecht. Unser Staat kommt dieser Verpflichtung nach. Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge, die in Europa Asyl beantragen, suchen Zuflucht im Bundesgebiet. Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen fast 33 000 Flüchtlinge – vornehmlich aus Südostasien und Südamerika – aufgenommen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ist der Überzeugung, daß die Welt nur dann in Frieden, Freiheit und Stabilität wird leben können, wenn Hunger und Not verringert und vor allem die Menschenrechte und Grundfreiheiten ausnahmslos durchgesetzt werden.

2. Der Deutsche Bundestag bekennt sich vorbehaltlos zu der Verpflichtung, für Freiheit und Menschenrechte auf der ganzen Welt und gegen Unterdrückung und Folter einzutreten. Er

fordert alle staatlichen Stellen und alle Bürger auf, entsprechend dieser Verpflichtung zu handeln.

3. Der Deutsche Bundestag unterstreicht seine Auffassung, daß die Menschenrechte unteilbar sind und der Einsatz für die Menschenrechte genauso unteilbar sein muß. Er fordert deshalb nachdrücklich und kompromißlos Freiheit und Gerechtigkeit für die Menschen in allen totalitär regierten Staaten der Welt. Er fordert dies insbesondere für alle Deutschen, denen diese Rechte vorenthalten werden und für die der Deutsche Bundestag eine besondere Verantwortung trägt.

4. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß Menschenrechtsverletzungen nur dauerhaft und wirksam verhindert werden können, wenn die Ursachen von staatlicher Unterdrückung und politischer Verfolgung beseitigt werden. Die Herstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in jetzt noch undemokratischen Ländern ist die beste Voraussetzung für eine dauerhafte Sicherung der Menschenrechte.

5. Der Deutsche Bundestag sieht im Einsatz für die Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie in den beiden internationalen Menschenrechtspakten vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte definiert worden sind, eine notwendige und legitime Einflußnahme auf die Verhältnisse in anderen Staaten. Kein Mitglied der Völkergemeinschaft darf sich von der Beachtung dieser Menschenrechte durch Berufung auf Souveränität oder Nichteinmischung freimachen. Ein Staat, in dem Menschen aus politischen Gründen gefangen gehalten, gefoltert oder getötet werden, isoliert sich in der Völkergemeinschaft und ist mit allen geeigneten Mitteln zur Wahrung der Menschenrechte anzuhalten. Der Deutsche Bundestag fordert alle Mitglieder der Vereinten Nationen auf, die erwähnten Menschenrechtspakte zu ratifizieren und die darin enthaltenen Rechte und Verpflichtungen ohne Einschränkung zu respektieren und zu erfüllen.

6. Der Deutsche Bundestag unterstützt alle diejenigen, die für Beseitigung von Gewaltherrschaft und für Herstellung demokratischer Verhältnisse eintreten. Der Deutsche Bundestag lehnt terroristische Gewalt als Mittel der Politik ab.

7. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß sie sich in der Völkergemeinschaft auch weiterhin für die Schaffung geeigneter Kontrollverfahren und Durchsetzungsmechanismen zur weltweiten Verwirklichung der Menschenrechte nach dem Vorbild der Europäischen und der weltweiten Menschenrechtskonventionen und ihrer Zusatzprotokolle einsetzt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für die Ratifizierung der UN-Anti-Folterkonvention zu schaffen.

8. Der Deutsche Bundestag lehnt die Todesstrafe ab und verurteilt Folter auf das Schärfste. Er betont die Gewährleistung unseres

Grundgesetzes (Artikel 16), politisch Verfolgten Asyl zu gewähren. Diese Grundsätze gelten selbstverständlich auch gegenüber den 15 in Chile inhaftierten, von der Todesstrafe bedrohten Personen. Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung, in Übereinstimmung mit anderen europäischen Staaten alles zu tun, daß die 15 Chilenen weder zum Tode verurteilt, noch hingerichtet werden und daß in Chile zur Verwirklichung der Menschenrechte demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse wieder hergestellt werden.

Bonn, den 7. Oktober 1987

Gerster (Mainz)
Frau Geiger
Dr. Miltner
Fellner
Dr. Stercken
Günther
Seehofer
Dr. Hornhues
Austermann
Dr. Becker (Frankfurt)
Börnsen (Bönstrup)
Borchert
Breuer
Frau Fischer
Dr. Friedrich
Dr. Götz
Dr. Grünewald
Harries
Frau Dr. Hellwig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Hörster
Frau Hoffmann (Soltau)
Jung (Lörrach)
Kalisch
Kittelmann
Krey
Kroll-Schlüter
Lenzer
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Lintner
Lowack
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Möller
Dr. Müller
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Oswald
Pesch
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Dr. Rose
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Schartz (Trier)
Schmidbauer
von Schmude
Schulze (Berlin)
Seesing
Spilker
Dr. Stark (Nürtingen)
Strube
Susset
Dr. Uelhoff
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Graf von Waldburg-Zeil
Weiß (Kaiserslautern)
Frau Dr. Wisniewski
Zierer
Zink
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Irmer
Funke
Dr. Hirsch
Lüder
Baum
Richter
Dr. Feldmann
Hoppe
Wolfgramm (Göttingen)
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333